

## DIE GLOBAL CITY UND DER RECHTSRUCK

// In vielen Frankfurter Stadtteilen wachsen Empörung und Frust

Wird über den Rechtsruck in Deutschland diskutiert, geht der Blick meist nach Ostdeutschland und in ländliche Regionen. Dabei steht fast ausschließlich die Frage der Zuwanderung im Fokus. Nicht ins Bild passt, dass die Alternative für Deutschland (AfD) bei den Bundestagswahlen 2017 auch in manchem Stadtteil des multikulturellen Frankfurts stark abschnitt. Im Rahmen eines Forschungsprojekts gehe ich den gesellschaftlichen Dynamiken und Konflikten in zwei dieser Stadtteile nach. Die ersten Befunde legen nahe, dass die exkludierenden Dynamiken der Stadtentwicklung weit enger mit dem Aufstieg der Rechten verbunden sind, als bisher in den Debatten vermutet. Ich zeige dies anhand zweier immer wieder auftauchender Themenkomplexe: *Austeritätspolitik* und *Gentrifizierung*.



(Foto: HSFK/Daniel Mullis)

### Von Daniel Mullis

Frankfurt am Main ist Deutschlands Finanzplatz Nummer eins und wird nach dem Brexit zur wichtigsten *Global City* in der Europäischen Union (EU) aufsteigen. Die Ausrichtung der Stadt zum internationalen Bankenplatz wurde bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg eingeleitet, kam aber erst Ende der 1970er Jahren voll zum Tragen. Eine „Politik ungebremster wirtschaftlicher Expansion, die gleichermaßen die Internationalisierung wie die sozialräumliche Zentralisierung“ forcierte, waren die Folge, so die beiden Stadtforscher Klaus Ronneberger und Roger Keil. Die Stadt galt in den späten 1960ern und 70ern gemeinhin als „unwirtlich“. Fest-

gemacht wurde dies an der rasanten Stadtentwicklung und dem Hochhausbau. Der Aufstieg der Finanzbranche sorgte allerdings für Wachstum und über die Jahre verbesserte sich das Image. Von der jüngsten Finanzkrise erholte sich Frankfurt erstaunlich schnell. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sprudeln, das Baugewerbe floriert, und alleine in den letzten sechs Jahren sind über 60.000 Menschen zugezogen. 2017 lebten 736.000 Menschen in Frankfurt, 2027 sollen es 800.000 sein.

Seit Jahrzehnten ist Frankfurt die deutsche Großstadt mit dem höchsten Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung – darunter einstige Gastarbeiter und Flüchtlinge sowie hoch bezahlte Fachkräfte. Anders als etwa in München oder Hamburg liegt das verfügbare Nettoeinkommen in Frankfurt aber im Schnitt unterhalb jenes des Bundes: 43% aller Frankfurter Haushalte hat im Monat weniger als 2.000, 20,5% gar weniger als 1.300 Euro zur Verfügung. Reichtum und Armut liegen nah beieinander – wenn auch räumlich klar getrennt. So ist die Main-Metropole, vor Leipzig, die in Deutschland am stärksten sozial-ökonomisch segregierte Großstadt.

### Rechtsruck in zwei Frankfurter Stadtteilen

Insgesamt erreichte die AfD in Frankfurt bei den Bundestagswahlen 2017 unterdurchschnittliche 8,6% – bundesweit waren es 12,6%. Doch gerade in weniger wohlhabenden Stadtteilen außerhalb des Innenstadtbereichs erzielte die AfD bis zu 14,5%. Zwei solche Stadtteile betrachte ich genauer: Den Riederwald im Osten der Stadt, wo die AfD 13,1% der Stimmen bekam,



(Foto: HSFK/Daniel Mullis)

und Nied im Westen, wo die Partei 14,2% erreichte (vgl. Karte). In manchem Wahllokal wählten in beiden Stadtteilen bis zu 17,5% die AfD; im Riederwald bei den Kommunalwahlen 2016 gar 22,4%.

Im Riederwald und in Nied habe ich im Sommer 2017 mit lokalen Politiker/innen, Kirchenvertreter/innen und Sozialarbeiter/innen bislang 14 Interviews über die Stadtteile geführt. Da ich die Erfolge der AfD nicht als isoliertes Phänomen betrachte, sondern diese als Indikator für einen gesellschaftlichen Trend nach rechts lese, habe ich in den Gesprächen nicht primär auf die AfD fokussiert, sondern versucht das gesellschaftliche Gefüge nachzuvollziehen, in dem die starken Resultate der AfD zustande kommen.

Erstaunlicherweise wurde in den Interviews Zuwanderung kaum thematisiert. Aufgetaucht ist eher eine Erzählung der Erfahrung von Fremdheit. Dies betraf alles Unbekannte, längst nicht nur Menschen ausländischer Herkunft. Offen angesprochen wurde hingegen die Transformation von lokaler Gemeinschaft bzw. deren Verlust, die Spaltung der Communities, die Sorgen um Verdrängung, Mangel an demokratischer Einbindung, Armut und sozialer Abstieg, aber auch eine gewisse Ratlosigkeit was das starke Abschneiden der AfD angeht. Die ersten Ergebnisse ähneln damit jenen, die Johannes Hillje im Rahmen seiner Studie „Rückkehr zu den politisch Verlassenen“ Anfangs März 2018 vorgestellt hat. Immer wieder angesprochen wurden zudem Aspekte, die eng mit Fragen der Stadtentwicklung verwoben sind. Dabei kristallisierten sich zwei relevante Prozesse heraus: *Austeritätspolitik* und *Gentrifizierung*.

#### **Austerity Urbanism**

*Austerität* bezeichnet eine Politik, die die Krise der Staatsfinanzen als zentrales Problem begreift und Ausgabenkürzungen, Privatisierung von Staatseigentum sowie strenge Ausgabendisziplin zu dessen

Lösung propagiert. Seit den 1980ern sind solche Strategien ein wichtiger Bestandteil neoliberaler Umstrukturierungsprogramme. So wurde auch innerhalb der EU zur Bearbeitung der jüngsten Staatsschuldenkrisen auf Austerität gesetzt. Dies hat die Lebenssituation gerade in Städten, so der britische Geograph Jamie Peck, drastisch verschärft. Ihm zufolge sind urbane Gefüge besonders betroffen, da sie stark auf kollektiven Finanzierungsmechanismen beruhen und verhältnismäßig viele Menschen auf staatliche Leistungen angewiesen sind. In Deutschland, das einer der Vorreiter von Austeritätspolitik ist, wurde die „Schuldenbremse“ 2009 im Grundgesetz verankert. Der Politikwissenschaftler Felix Wiegand beschreibt dies als „einen langfristigeren Prozess, der ‚scheibchenweise‘ und ungleichzeitig über einen Zeitraum von 30 bis 40 Jahren“ in Deutschland umgesetzt wurde. Für Kommunen galten, so Wiegand, schon länger strenge Vorgaben. Gerade in strukturschwachen Regionen hätten diese Politiken eine konstante „Abwärtsspirale“ ohne Möglichkeiten demokratischer Intervention ausgelöst. Austerität habe regionale Ungleichheit vertieft und die Standort-Konkurrenz zwischen armen und reichen Kommunen befördert.

Jedoch auch in wohlhabenden Kommunen erzeugt Austerität Ungleichheiten, die Interviews aus Frankfurt-Nied und -Riederwald verweisen darauf. Klagen über den Mangel an Investitionen in öffentliche Infrastruktur, Wohnungen und soziale Angebote sind ein wiederkehrendes Muster in den Gesprächen. Auch mangle es an lokalen Bildungseinrichtungen. Gerade in Nied werden die Folgen des Strukturwandels deutlich angesprochen. Der Stadtteil sei früher von Werkwohnungen der Deutschen Bahn, der Post und der anrainenden Chemiewerke geprägt gewesen. Die Unternehmen und der Bund hätten nicht nur die Siedlungen gebaut, sondern auch soziale Infrastruktur, Stadtteilstiftungen und Vereine unterstützt. Mit der Priva-

tisierung um die Jahrtausendwende sind nicht nur die Wohnungsbestände den Preissteigerungen des freien Marktes zugeführt, sondern auch das soziale Engagement weggespart worden. Dies hinterließ Lücken, die bis heute beklagt werden: „Nied ist immer so unten durchgerutscht“ (Interview Nied, 17.7.2017).

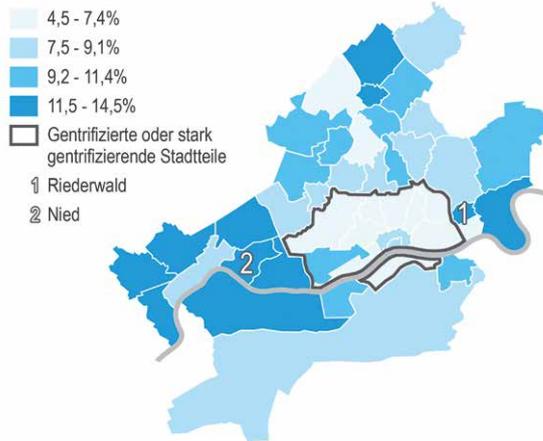
In beiden Stadtteilen berichten die Gesprächspartner/innen etwas resigniert, dass es nicht an Engagement mangle, jedoch werde dies schlicht nicht gehört. Dies entfremde Menschen von demokratischer Politik und führe zu Lethargie (Interview Nied, 17.7.2017). In diesem Kontext wird dann auch das Fehlen kollektiver Räume bemängelt, zumal auch diese nicht selten Sparauflagen zum Opfer gefallen seien. Sparpolitiken und Privatisierungen befördern somit die viel beklagte Vereinzelung der Menschen und befördern ein Gefühl vom städtischen Leben abgeschnitten zu sein. Insgesamt wird in den Schilderungen heute von deutlichen sprachlichen, konfessionellen sowie klassenbezogenen Barrieren berichtet, wobei sich die einzelnen Gruppen zwar meist nicht konflikthaft, durchwegs aber unvermittelt gegenüberstehen.

Deutlich wird, dass Austerität im Riederwald wie in Nied wirken. Mit der autoritären Transformation hat dies insofern zu tun, als die damit einhergehenden alltäglichen Erfahrungen, die Empfindung des Ausschlusses und nicht Gehörtwerdens verstärken – beides sind Aspekte, die immer wieder als zentral für die Erfolge der AfD beschrieben wurden.

### Gentrifizierung

Die Stadtforscher Mark Davidson und Loretta Lees bestimmen *Gentrifizierung* als: (1) Reinvestition von Kapital, (2) soziale Aufwertung, (3) Umwandlung der Stadtbilder und (4) Verdrängung von schlechter verdienenden Schichten. Gentrifizierung ist in Frankfurt ein rasant voranschreitender Prozess. Gemäß Daten des Amtes für Wohnungswesen sind zwischen 2006 und 2016 die Angebotsmieten um ca. 35% und jene im

AfD-Stimmen in Frankfurt am Main: Bundestagswahl 2017



Quelle: Eigene Grafik auf der Grundlage einer Wahlkarte aus der Frankfurter Rundschau vom 25.9.17.

Bestand um 25% gestiegen. In der Forschung zur Gentrifizierung wurde primär auf Stadtteile fokussiert, die von Verdrängung betroffen sind. Außer acht gelassen wurden die Quartiere, wo Menschen hin verdrängt wurden. Wie schwer diese wiegt, zeigt sich heute, denn nicht beforscht wurden eben jene Stadtteile, in denen heute mutmaßlich viele rechts wählen.

Der Riederwald und Nied waren über lange Zeit Orte, die Menschen mit geringem Einkommen aufnehmen konnten. Heute haben sie es in Folge der Gentrifizierung mit unterschiedlichen Auswirkungen zu tun. In Nied wird in den Gesprächen die räumliche Konzentration von Sozialwohnungen am Stadtrand kritisiert, zumal dies zur Multiplikation von sozialen, ökonomischen und psychischen Problemlagen führe. Teilweise kam im Kontext der Zuwanderung eher ökonomisch schwächeren Schichten auch Kritik am gestiegenen Zuzug von Migrant/innen auf, was aber laut der Gesprächspartner/innen öffentlich nur marginal artikuliert worden sei. Gleichzeitig mehren sich die Anzeichen, dass Nied sich der Gentrifizierung nicht wird entziehen können. Verteilungskonflikte um Wohnraum

### Nied und Riederwald

Die beiden Frankfurter Stadtteile Riederwald (4.600 Bewohner/innen) und Nied (19.398 Bewohner/innen) sind historisch eng mit der Industrialisierung und deren Niedergang verbunden. In beiden Stadtteilen ist heute der Anteil an Menschen, die Grundsicherungsleistungen beziehen, hoch, die Bevölkerung etwas älter als der Schnitt, und um die 60% haben einen Migrationshintergrund oder besitzen keinen deutschen Pass. Die Wahlbeteiligung liegt jeweils unterhalb des Mittels. Der Riederwald war in den 1920ern eine linke Hochburg; in der Nachkriegszeit dominierte die SPD. Nied hingegen war von SPD und CDU geprägt. Bei der letzten Bundestagswahl verloren die SPD im Riederwald 11,2% (2017: 29,6%) und die CDU 3,8% (2017: 17,5%). In Nied büßten die SPD 6,2% (2017: 24,5%) und die CDU 8,7% (2017: 26,7%) ein. Neben der AfD konnten die Liberalen und die Partei Die Linke Zugewinne verbuchen.

### Zum Autor

Dr. Daniel Mullis ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der HSFK. Er forscht zur Krisenprotesten, städtischen sozialen Bewegungen, Rechtspopulismus, regionalen Ungleichheiten, Stadtentwicklung und Demokratietheorie.



**Kontakt** [mullis@hsfk.de](mailto:mullis@hsfk.de) **Twitter** @DaenuMullis

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung  
Baseler Str. 27–31, 60329 Frankfurt am Main  
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-2512-627X

werden dort absehbar zunehmen. Im Riederwald hingegen ist Gentrifizierung – wie nach dem Neubau der Europäischen Zentralbank im Ostend in vielen Gebieten im Osten der Stadt – ein Fakt. Wohnungen werden modernisiert und zu größeren Einheiten zusammengelegt. Mietsteigerungen von teilweise mehr als 60% sind die Folge, und „die Riederwälder werden da ausgeschlossen“ (Interview Riederwald, 12.7.2017). Angst um den Verlust des Wohnraums nannten meine Gesprächspartner/innen hier durchweg als bedeutsame Variable für das starke Abschneiden der AfD.

### Fazit

Der Blick auf Frankfurt zeigt: Auch in der Global City erzielen rechte Parteien in manchen Stadtteilen deutliche Wahlerfolge und Austeritätspolitiken sowie Gentrifizierung spielen hierbei eine Rolle. Austeritätspolitik und Gentrifizierung führen zwar keinesfalls zwingend zur Unterstützung rechter Politiken. Doch diese Prozesse sind mit dem Aufstieg der Rechten verflochten und die Relationen müssen näher beleuchtet werden. Dies legt zum einen nahe, dass mehr Forschung von Nöten ist, die sich mit der konkreten Alltagserfahrung und Lebenswelt (auch an den Rändern der Städte) beschäftigt. Es gilt, Oliver Nachtweys These der Abstiegsgesellschaft mit konkreten Lebensrealitäten in Beziehung zu bringen. Zum anderen hilft es zu sehen, dass politisch die Frage der Zuwanderung nicht das drängendste Problem ist.

Schon nach diesen wenigen Interviews wird zudem deutlich, dass Verdrängungsmechanismen in immer

weiter stadtauswärts gelegenen Stadtteilen wirken; Gentrifizierung kennt kein ‚natürliches‘ Ende. Im Gegenteil, die schwindenden innerstädtischen Ausweichmöglichkeiten potenziert die soziale Sprengkraft der Verdrängung. Verschärfend kommt hinzu, dass Sparpolitik jene am härtesten trifft, die finanziell ohnehin nicht gut dastehen. Die Lage dürfte sich auch in Frankfurt zuspitzen: Ende 2017 kündete der Frankfurter Kämmerer Uwe Becker (CDU) an, dass die fetten Jahre vorbei seien und die Stadt sparen müsse. Treffen werde es vor allem freiwillige Leistungen im Bereich Kultur und Soziales. Die Folgen sind absehbar. Die gesteigerte Exklusion, birgt nicht nur die Gefahr der sozialen und ökonomischen, sondern auch der demokratischen Desintegration der Gesellschaft. Mit Blick auf städtische Möglichkeiten, um die Fragmentierung und womöglich auch den Rechtsruck langfristig anzugehen ist gerade Wohnungspolitik ein wichtiges Interventionsfeld: Der soziale Wohnungsbau muss deutlich ausgeweitet werden und Mieten im Bestand müssen effektiv vor Steigerungen geschützt werden. Die Schuldenkrise in Europa und die verbreiteten Austeritätspolitiken haben dazu geführt, dass spekulative Investitionen in Wohnraum als lukrativ und stabil erscheinen. Dies treibt die Mieten weit mehr nach oben als der Zuzug in die Städte. Hier müsste gegensteuert werden. Sicherlich reichen diese Maßnahmen alleine nicht aus, um dem Aufstieg der Rechten etwas entgegenzuhalten, jedoch wären sie langfristig wichtig, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu befördern und Konflikte zu minimieren.

### PRIF SPOTLIGHT

Das Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) ist das größte Friedensforschungsinstitut in Deutschland. Die HSFK analysiert die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte, erforscht die Bedingungen des Friedens und arbeitet daran, den Friedensgedanken zu verbreiten.

V.i.S.d.P.: Karin Hammer, Redakteurin an der HSFK, Baseler Straße 27–31, 60329 Frankfurt am Main, Telefon (069) 959104-0, E-Mail: [info@hsfk.de](mailto:info@hsfk.de), Internet: [www.hsfk.de](http://www.hsfk.de).

Design: Anja Feix · Layout: HSFK · Druck: Druckerei Spiegler



Textlizenz: Creative Commons (Namensnennung/Keine Bearbeitungen/4.0 International). Die verwendeten Bilder unterliegen eigenen Lizenzbedingungen.

